

Verlust des Anstands und der Moral

Nur wenige Staatsmänner sprechen die Gefährdung der Weltordnung durch die Trump-Regierung so offen an wie Australiens Ex-Außenminister Gareth Evans

Über Jahrzehnte galten die USA als Anker der internationalen Ordnung – als Macht, auf die sich Verbündete und selbst Rivalen zumindest mehr oder weniger verlassen konnten. Dieses Fundament ist brüchig geworden. Ein zentraler Faktor der gegenwärtigen Krisen ist die Rückkehr zu offener Machtpolitik und brutaler Gewalt zwischen den Staaten mit dem Erstarken des aggressiven Nationalismus und der Erosion jener Normen, die nach dem Zweiten Weltkrieg mühsam aufgebaut wurden. Zugleich zeigt sich der UN-Sicherheitsrat blockiert, während multilaterale Institutionen wie die Welthandelsorganisation an Autorität verlieren.

Diese Entwicklung lässt sich nicht allein auf einzelne politische Führungsfiguren reduzieren. Auch frühere Fehlentscheidungen westlicher Staaten – der Triumphalismus der USA nach dem Kalten Krieg und insbesondere der desaströse Irakkrieg – haben Vertrauen untergraben und Ressentiments genährt. Dennoch hat Donald Trumps zweite Präsidentschaft den Trend zum Unilateralismus und zur Abwertung internationaler Kooperation sichtbar beschleunigt. Der Respekt vor Verbündeten, internationalen Konventionen und diplomatischen Gepflogenheiten ist spürbar gesunken. Klassische Instrumente der Soft Power, nicht zuletzt die Entwicklungshilfebehörde der USA und wichtige Auslandssender wie die „Stimme Amerikas,“ sind einfach abgeschafft worden.

Wer internationale Reputation zugunsten kurzfristiger innenpolitischer Gewinne opfert, verliert langfristig Einfluss – und Vertrauen. Das zeigt sich auch wirtschaftlich, etwa in schwankender Währungsstabilität oder sinkender Attraktivität als Investitions- und Reiseziel. Außenpolitik ist nie nur Symbolik. Sie hat konkrete materielle Folgen.

Offene Kritik ist die Ausnahme

Nur wenige einflussreiche Politiker sprechen diese Risiken so offen an wie der ehemalige australische Außenminister Gareth Evans. Offene Kritik von Verantwortungsträgern an Washington ist immer noch die Ausnahme. Als vormaliger Außenminister und Ex-Präsident der „International Crisis Group“, eines globalen Think Tanks, trug Evans maßgeblich dazu bei, die Schutzverantwortung der Staaten für ihre eigenen Bürger als globale UN-Norm zu verankern.

Evans stellt in der internationalen Diskussion eine wichtige Stimme der Vernunft und der Mäßigung dar. Als überzeugter Verfechter der Menschenrechte und der Moralität in der Politik spricht immer wieder davon, dass gerade der Trump-Regierung der „Anstand“ und das Denken in moralischen Bahnen völlig abhandeln gekommen seien.



KLAUS LARRES

ist Professor für Geschichte und internationale Beziehungen an der University of North Carolina/Chapel Hill. In seiner Kolumne schreibt der gebürtige Schleidener über die USA als Wahlheimat und liebstes Forschungsgebiet

Ich lernte Evans auf einer Tagung an der Tsinghua Universität letzten Sommer in Peking kennen, wo er in einer eindrucksvollen Rede zum Erhalt der globalen Wirtschaftsordnung aufrief und die Schutzzollpolitik Trumps als zutiefst unmoralisch und schädlich attackierte. Kürzlich konnte ich in einem öffentlichen Online-Gespräch die wichtigsten Entwicklungen in der Weltpolitik ihm diskutieren. Evans betonte, dass vieles davon abhängen werde, wer künftig die Politik der Vereinigten Staaten prägen wird. Derzeit fehlt es auf republikanischer als auf demokratischer Seite an Persönlichkeiten, die glaubhaft für eine Rückkehr zu stabilisierender globaler Führung stehen. Ohne berechenbare amerikanische Orientierung aber wächst die weltweite Unsicherheit.

Defizite im Sicherheitsbereich

Der ehemalige Außenminister ist davon überzeugt, dass die oft wiederholte These, die USA seien wirtschaftlich von der Welt „ausgenutzt“ worden und müssten sich mit Schutzzöllen wehren, nur begrenzt haltbar ist. Tatsächlich gehörten die Vereinigten Staaten zu den größten Profiteuren der offenen Handelsordnung und haben dadurch viel Wohlstand angehäuft. Anders sieht es im Sicherheitsbereich aus: Viele Verbündete, insbesondere in Europa, investierten lange Jahre viel zu wenig in ihre Verteidigung. Doch diese Kritik ist nicht neu und rechtfertigt, wie Evans hervorhebt, weder ein aggressives Verhalten gegenüber den Verbündeten noch demonstrative Nachsicht gegenüber autoritären Regimen.

Evans, der 13 Jahre lang den Labour-Regierungen der Premierminister Bob Hawke und Paul Keating angehörte, ist tief von der ausgleichenden und an Normen orientierten Rolle der Mittelmächte überzeugt. Ihnen ist viel an rechtsstaatlichem Verhalten und der Einhaltung internationaler Konventionen gelegen, damit sie nicht von den Großmächten überfahren werden. Evans zufolge verfügen Demokratien wie Australien, Kanada, Deutschland und andere EU-Länder zwar nicht über die militärische Schlagkraft von Supermächten, besitzen jedoch diplomatische Glaubwürdigkeit, institutionelle Erfahrung und größere Flexibilität. In koordinierten Koalitionen können sie

bei Themen wie Klimapolitik, Rüstungskontrolle oder Handelsfragen erheblichen Einfluss entfalten. Evans wird nicht müde zu betonen, dass die Voraussetzung dafür jedoch gemeinsames Handeln ist.

Parallel dazu verschiebt sich das geopolitische Gravitationszentrum zunehmend nach Asien. Das Verhältnis zwischen China und den USA ist von großer strategischer Ambivalenz geprägt: wirtschaftliche Verflechtung bei gleichzeitiger sicherheitspolitischer Rivalität. Die oft beschworene „G2-Welt“ ist insoweit Realität, als zwei Supermächte das internationale System dominieren. Es ist allerdings zu befürchten, dass dieses Szenario gefährlich wird, wenn es in eine Aufteilung der Welt in exklusive Einflusszonen mündet. Stabilität entsteht nur durch Regeln und Institutionen, die auch kleinere Staaten demokratisch einbinden.

Viele Analysten, so auch Evans, erkennen, das China derzeit sichtbar vom Vertrauensverlust der USA profitiert. Die wachsende Zahl westlicher Regierungschefs, die nach Peking fahren, demnächst auch Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU), ist jedoch weniger Abwendung von Washington als Ausdruck strategischer Diversifizierung: Die Staaten wollen ihre wirtschaftlichen und politischen Optionen offenhalten. Dennoch profitiert China von diesen Annäherungsversuchen.

Auch sicherheitspolitisch bleiben die Risiken hoch. Evans hält wie ich einen offenen Krieg um Taiwan kurzfristig für eher unwahrscheinlich. Doch der wirtschaftliche, militärische und politische Druck Chinas auf den Inselstaat wird zunehmen. Abschreckung, diplomatisches Geschick und politische Zurückhaltung müssen zusammenwirken, um Eskalationen zu vermeiden.

Hoffnung ruht auf Mittelmächten

In Europa wiederum zeichnet sich im Ukrainekrieg eher ein auf lange Zeit eingefrorener Konflikt als eine schnelle politische Lösung ab. Die Widerstandsfähigkeit Kiews hängt maßgeblich von europäischer Unterstützung ab, da das Land sich nicht voll auf die Unterstützung Trumps verlassen kann. Evans betont dabei aber immer wieder: Die Nato-Osterweiterung oder frühere politische Fehler des Westens mögen Spannungen erklären, rechtfertigen jedoch keinen Angriffskrieg.

Die derzeitige Hoffnung ruht weniger auf einzelnen Großmächten als auf einem erneuerten Multilateralismus, einer die Menschenwürde ernst nehmenden Diplomatie und auf der Bereitschaft von Mittelmächten wie der EU, mehr globalpolitische Verantwortung zu übernehmen. Nur so lässt sich verhindern, dass die gegenwärtige Ära permanenter Unsicherheit und Anstandslosigkeit zur dauerhaften Normalität wird.